

Donnerstag, 23. Mai 2019, Isenhagener Kreisblatt / LOKALES

A 39-Bau trotz Kostensprung

1,3 Milliarden: Projekt laut Ministerium nicht gefährdet

VON HOLGER BODEN



Bei Weyhausen ist derzeit Schluss – im Juni entscheidet sich vor Gericht, wie es mit der A 39 weitergeht. Foto: bo

Wittingen/Wolfsburg – Nachdem der Bund eine Kostensteigerung um 200 Millionen Euro für den Bau der A 39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg bestätigt hat, fordern Autobahngegner eine Neuberechnung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses für die Autobahn. Das niedersächsische Verkehrsministerium hat derweil verlauten lassen, dass das

Projekt trotz der neuen Gesamtkosten von 1,3 Milliarden Euro nicht gefährdet sei.

Ein Sprecher des Ministeriums bezeichnete eine Kostensteigerung bei steigendem Detaillierungsgrad als nicht ungewöhnlich. Insbesondere die Baupreientwicklung, die im Straßenbau in den letzten beiden Jahren 10 Prozent Steigerung gebracht habe, schlage sich in den höheren Gesamtkosten nieder.

Der Dachverband „Keine A 39“ kritisiert, dass sich Bund und Land nach wie vor auf ein im Jahr 2012 errechnetes Verhältnis von Nutzen und Kosten berufen. Der Trend bei den Baupreisen lasse zudem erwarten, dass die nun erhöhte Kostenschätzung „nicht die letzte Korrektur“ gewesen sei.

Von Bund und Land wird darauf verwiesen, dass im Bundesverkehrswegeplan für 2030 ein Nutzen-Kosten-Faktor von 2,1 für die A 39 ausgewiesen werde. Ein Faktor über 1 weise auf die Wirtschaftlichkeit eines Projektes hin.

Die neue Diskussion über die Kosten kommt knapp fünf Wochen vor den ersten Verhandlungen zur A 39 vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Die stehen am 25. und 26. Juni an, es geht dann um die Klagen gegen den Abschnitt 7 zwischen Tappenbeck und Ehra-Lessien. Mit Material von dpa.